

Der Economist.

Der Jahresabschluß der Oesterreichisch-ungarischen Bank.

Kürzung der Dividende, Sanierung des Pensionsfonds.

Wien, 22. Januar.

In der heutigen Generalratsitzung der Oesterreichisch-ungarischen Bank wurde die Bilanz des Jahres 1918 vorgelegt und es wurden die Anträge festgestellt, welche der am 3. Februar stattfindenden Generalversammlung unterbreitet werden sollen. Das Ergebnis des Jahres 1918 ist ein Reingewinn von 143 Millionen Kronen, welcher dem Gewinne des vorigen Jahres ungefähr gleichkommt, da er nur um fünf Millionen Kronen hinter ihm zurückbleibt. Im vorigen Jahre war aus dem Gewinne eine Dividende von 134 Kronen oder 9,571 Prozent bezahlt, außerdem für die Kriegsteuer ein Betrag von 102 Millionen Kronen reserviert und der Anteil der beiden Staatsverwaltungen mit 24,55 Millionen Kronen bemessen worden. Diesmal wird die Dividende auf 5 Prozent oder 70 Kronen herabgesetzt, den niedrigsten Stand seit dem Beginne des Jahrhunderts. Außerdem entfällt die Reservierung zugunsten der Kriegsteuer zum großen Teile und es wird auch der Anteil des Staates entsprechend gekürzt. Die Schlüsselsätze des Gewinns und Verlustkontos und die Anträge, welche hinsichtlich der Verwendung des Reingewinnes unterbreitet werden sollen, sind aus der folgenden Aufstellung zu entnehmen:

	1918	gegen 1917
	Kronen	
Gewinn des Jahres.....	143.100.848	— 5.077.666
Reservierter Betrag aus dem Ertragssteuern	88.462.966	— 18.667.620
Kriegsteuer.....	12.834.849	+ 12.834.849
Reservierungszugang.....	2.795.506	+ 2.795.506
Pensionsfondsdotation.....	777.424	— 732.703
Gewinnanteil der Staaten.....	18.755.151	— 4.802.189
Dividende.....	10.600.000	— 9.600.000
Aufstellung von der Dividende.....	7.980.000	+ 7.980.000
Gewinnrest.....	6.050	+ 5.050

Aus dem Gewinne des Jahres 1917 wird also ein Betrag von 88,46 Millionen Kronen zur Sanierung des Pensionsfonds ausgeschoben. Der Pensionsfonds betrug in der Bilanz des Jahres 1917 rund 16,75 Millionen Kronen und war stets stark passiv. Dem Fonds wurden alljährlich 2 bis 4 Prozent des nach Bezahlung der 4prozentigen Aktiendividende erübrigten Gewinnes zugewiesen und die Bank hoffte, das Defizit des Fonds in einer Reihe von Jahren aus den Gewinnen zu decken. Da aber jetzt mit der Möglichkeit einer nahen Liquidierung der Notenbank gerechnet werden muß, sah sich die Bankleitung veranlaßt, das Defizit des Pensionsfonds mit einemmal zu tilgen, damit bei einer eventuellen Übernahme der Beamten von den zu bildenden nationalen Notenbanken eine Schädigung der Ansprüche der letzteren vermieden werde. Die Bank ließ umfangreiche versicherungstechnische Berechnungen anstellen und diese gelangten zu dem Ergebnisse, daß der Pensionsfonds durch die einmalige Zuweisung von 88 Millionen Kronen aktiv gemacht werden könne. Diese Sanierung erfolgt aus dem Gewinne des Jahres 1917 in doppelter Weise: Die Dividende wird auf 5 Prozent herabgesetzt und eine Kriegsteuer in auch nur annähernd so großem Umfange wie während der letzten Jahre wird nicht gezahlt.

Durch die Herabsetzung der Dividende wird von dem Sanierungserfordernisse ein Betrag von 9,6 Millionen Kronen heringebracht. Die Dividende der Bank hatte im vorigen Jahre mit der Dividende den höchsten Stand von 134 Kronen oder 9,571 Prozent erreicht. Jetzt wird die letztere auf 5 Prozent herabgesetzt. Im Jahre 1905 hatte die Bank perzentuell eine annähernd gleich tiefe Dividende, nämlich 5,01 Prozent und in den Jahren 1901 bis 1904, wo ein 3½-prozentiger Bankzinsfuß galt, war die Dividende unter 5 Prozent, im Jahre 1902 sogar auf 4 Prozent gesunken. Abgesehen von diesen vier Jahren bewegte sich die Dividende regelmäßig zwischen 6 und 7 Prozent und war in früheren Zeiten sogar erheblich höher, da sie bis zu 14,6 Prozent emporstieg. Die Bank hat im Juli eine Abschlagszahlung von 28 Kronen geleistet und auf die Aktie entfällt somit vom Februar an noch eine Nachtragszahlung von 42 Kronen gegen 106 Kronen im vorigen Jahre. Von der Dividende wird noch ein Betrag von 7,98 Millionen Kronen zurückgestellt. Dieser ist aber nicht etwa dazu bestimmt, in einer späteren Zeit den Aktionären zuzufallen, sondern dürfte, obwohl hierüber noch kein Beschluß gefaßt ist, den Staatsverwaltungen als teilweiser Ersatz für den Entgang an Kriegsteuer zugewiesen werden.

Im vorausgegangenen Jahre war aus dem Ergebnisse ein Betrag von 102 Millionen Kronen ausgeschoben worden mit dem Zwecke, daß er als außerordentliche Kriegsteuer den Staatsverwaltungen zufallen solle. Die tatsächliche Ueberweisung an den Staat ist aber nicht erfolgt, der Betrag liegt vielmehr noch unverwendet bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank. Das betreffende Gesetz, welches die Kriegsteuer der Notenbank betraf, war nämlich vom Reichsrat nicht verabschiedet worden, sondern unerledigt geblieben, und da das betreffende ungarische Gesetz nur dann Geltung erlangten sollte, wenn eine gleiche Maßregel in Oesterreich ergriffen worden war, so konnte die Auszahlung weder in Oesterreich noch in Ungarn erfolgen. Bisher haben auch hierüber noch keine Verhandlungen mit den Nationalstaaten stattgefunden. Der Anteil Oesterreichs beträgt 70, jener Ungarns 32 Millionen Kronen. Es ist wohl anzunehmen, daß diese Summen, wenn die Verhandlungen über die Liquidation etwas weiter vorgeschritten sind, dem deutschösterreichischen Staate sowie dem ungarischen Staate als Treuhänder für alle anderen Nationalstaaten überwiesen und für die Bezahlung der nächsten Couponfälligkeiten verwendet werden dürften. Aus dem Ergebnis des Jahres 1918 wird eine Zuweisung in annähernd gleicher Höhe nicht vorgenommen, weil eben der größte Teil des Mehrgewinnes für den Pensionsfonds verwendet wird. Dagegen ist als Kriegsteuer ein Betrag von 12,8 Millionen Kronen und außerdem die erwähnte Aufstellung von der Dividende in der Höhe von 7,9 Millionen Kronen ausgewiesen, so daß insgesamt etwa 20,8 Millionen Kronen als Steuerüberweisung ausgeschoben sind. Das